

Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter
Band: 68 (1993)

Artikel: Die städtischen Werke im Jahre 101
Autor: Munz, Conrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-324449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE STÄDTISCHEN WERKE IM JAHRE 101

Die Geschichte der Badener Energie- und Wasserversorgung ist – schwarz-weiss-rot – in Leinen gefasst. Das Jubiläumsbuch «Mehr Licht» des Historikers Andreas Steigmeier beleuchtet die Gründung der Electricitätsgesellschaft Baden AG am 9. Mai 1891, die Übernahme dieser Unternehmung durch die Stadt Baden und den Ausbau der einzelnen Versorgungsparten. Es verbindet die technisch-historische Entwicklung mit wichtigen sozialgeschichtlichen Bezügen und der lokalen politischen Situation. Die Sicherstellung einer ausreichenden, sicheren Energie- und Wasserversorgung hatte in Baden stets einen hohen Stellenwert. Zusehends sind jedoch Veränderungen bei den Rahmenbedingungen spürbar. Werden die Städtischen Werke vor neue Aufgaben gestellt?

Gründerjahre

Es wäre sicherlich verfrüht, die neunziger Jahre bereits jetzt als den Beginn einer Phase des Umbruchs zu bezeichnen. Einzelne Parallelen zu den Gründerjahren sind jedoch erkennbar. Dazu zählen in unserer Region die Umnutzung des Areals Chance Baden Nord und die Forderungen nach der Privatisierung von bisher öffentlichen Aufgaben. Der eigentliche Pioniergeist der Gründerjahre ist allerdings in Baden noch nicht spürbar. Trotzdem lohnt sich ein Blick zurück. Ausgangspunkt für die Veränderungen Ende des 19. Jahrhunderts war eine als unbefriedigend empfundene Situation. In den touristisch wichtigen Bädern fehlte elektrisches Licht, das Trinkwasser war schlecht und das Kochen auf dem Holzherd recht umständlich. Wasserkraft als Fremdenergie gab es nur entlang der Flussläufe. Wenige Dampfmaschinen unterstützten die menschliche Arbeitskraft. Gewerbetreibende und Kaufleute erkannten die Entwicklung in den technologisch führenden Hauptstädten. Sie übernahmen die Initiative zur Gründung der Electricitätsgesellschaft Baden AG (EGB), nachdem der Stadtrat in dieser Frage wenig Entschlussfreudigkeit gezeigt hatte. Treibende Kraft waren die Brüder Carl und Louis Theo-

dor Pfister mit ihrer Vision der Elektrizitätsversorgung für die Stadt Baden. Die Wirtschaftsgeschichte kennt Entwicklungsabschnitte mit ausgeprägter Tendenz zur Kommunalisierung und – wie heute feststellbar – zur Privatisierung. Die Städtischen Werke Baden sind 1917 aus der Electricitätsgesellschaft Baden AG hervorgegangen. Diese hatte bereits die 1868 gegründete Gasgesellschaft aufgekauft und betrieb auch die Grundwassergewinnung. Im Bericht des Gemeinderates Baden an die Einwohnergemeinde betreffend den Ankauf der Elektrizitätswerke und des Gaswerkes vom 29. August 1917 wurde die Frage erörtert, ob nur die Werke oder die Gesamtheit der Aktien erworben werden sollen. Die Beurteilung durch den Gemeinderat erfolgte schon damals aus dem Blickwinkel der Eigentümer und der Kunden. «Eine Aktiengesellschaft habe nur da einen Sinn, wo eine Mehrzahl von Beteiligten besteht, die eine Unternehmung gemeinsam betreiben...» «...wo aber ein einziger Eigentümer vorhanden ist, besteht für die Aktiengesellschaft kein Raum.» Die Alternative: «Weiterführung der Aktiengesellschaft mit dem Einbezug von grösseren Kunden» wurde nur andeutungsweise aufgezeigt. Man dachte speziell an grössere Gaskunden und die Brown, Boveri & Cie., mit den ihr befreundeten Unternehmungen. Diese wären dann direkt an der Prosperität der Werke interessiert gewesen. Der Gemeinderat sah wohl die Bedeutung dieser Überlegungen, wollte jedoch die Vorteile der reinen Kommunalisierung nicht aufgeben. «Die Tatsache, dass die Gemeinde der Sitz einer grossen, immer mehr sich ausdehnenden Industrie ist, bedeute im Gegenteil eine erhebliche Gewähr dafür, dass auch die Gemeindewerke blühen und gedeihen werden.» Man erwartete damals, nach dem Ersten Weltkrieg, eine Periode des Aufschwungs, zumal auch die Elektrifikation der Bundesbahnen vor der Türe stand. (Die erste SBB-Schnellzugslokomotive Ae 3/6I, Nr. 10601, Baujahr 1921, hergestellt von BBC, steht auf dem Bahnhofareal Baden.)

Die Finanzierung des Kaufpreises für die Werke hat die Stadt seinerzeit «gekonnt» abgewickelt. Aufgrund von Expertengutachten hatte man sich auf einen Kaufpreis von 4 707 000 Franken geeinigt. Die Passivseite der Eröffnungsbilanz der neuen Städtischen Werke Baden für 1918 zeigt, dass sich diese Summe aus den bereits früher bestehenden Schuldverpflichtungen der EGB und einem neuen Darlehen von 2,6 Mio Franken zusammensetzt. Man hat die übernommene Gesellschaft sich selbst finanzieren lassen. Die Prognose über die erfreuliche Wirtschaftsbelebung hat sich für die zwanziger Jahre bestätigt. Während der darauffolgenden Wirtschaftsflaute in den dreissiger Jahren aktivierte die Stadt einen Teil der Ländereien, die zum Kraftwerk Aue gehörten. Als Arbeitsbeschaffungsmassnahme wurde das Terrassenbad erbaut, die Sportanlage Aue war in den zwanziger Jahren erstellt worden. Im Jahr 1968

tragen die Werke 60% der Umbaukosten für die Jugendherberge und finanzieren heute noch den Gebäudeunterhalt.

Aus ökonomischer Sicht hat sich der Ankauf der Werke für die Stadt sicherlich gelohnt, da nebst den Naturalleistungen stets auch Ablieferungen an die Stadtkasse geleistet worden sind. Der Nettovorteil wird auf ca. 5% der städtischen Steuereinnahmen geschätzt. Wie sieht die Rechnung für die Städtischen Werke aus? In der Verordnung über die Organisation und Verwaltung der Städtischen Werke, gültig ab 1. Januar 1919, wird die relativ grosse finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit, unter Aufsicht des Gemeinderates, festgehalten. Alle Ausgaben müssen langfristig durch Einnahmen für erbrachte Leistungen finanziert werden. In diesem Punkt werden heute Grenzen erkennbar. Beispielsweise steigen die Kosten für den Ersatz alter Installationen stärker an als die Einnahmen aus dem Energie- oder Wasserverkauf. Eine weitere Kostenbelastung entsteht durch die heute ungewohnt hohen Zinsen auf dem Fremdkapital. Jetzt werden die Folgen der Ablieferungen an die Stadt spürbar. Es gibt Stadtwerke in vergleichbarer Situation, andere sind schuldenfrei und können dafür günstigere Tarife gewähren. Entscheidend für diese Situation ist wohl kaum die Kommunalisierung, sondern die Nutzung des unternehmerischen Handlungsspielraums auf allen Ebenen bzw. dessen Begrenzung durch die Interessen der Politik.

Entwicklung

Was hat sich eigentlich in den vergangenen 101 Jahren verändert? Die Städtischen Werke erstellen und betreiben unterirdische Leitungssysteme für Strom, Erdgas und Trinkwasser. In den vierziger Jahren kamen, auf Veranlassung der Stadt, der Wohnungsbau und in den achtziger Jahren die Fernwärme hinzu. Die Technik verwendet bewährte Produkte, die von Dritten angeboten und gegebenenfalls für den eigenen Bedarf modifiziert werden. So gesehen hat sich wenig geändert. Kann und wird dies so bleiben?

Es sind drei Elemente, welche in den kommenden Jahren die Diskussion über die Entwicklung von Stadtwerken massgeblich beeinflussen werden: die Wettbewerbspolitik, die Preisbildung und die Produktionstechnik.

Die sogenannte Deregulierung soll auch in der Energieversorgung für mehr Wettbewerb sorgen. Dies, nachdem über immer mehr Vorschriften der Handlungsspielraum für öffentliche Werke stark eingeschränkt worden ist. Zu nennen sind das Preisüberwachungsgesetz, der Energienutzungsbeschluss und das Gemeindegesetz. Bei der Preispolitik wird z.B. anhand der Diskussion über Rücklieferatarife für «dezentral» erzeugte Energie manifest, dass Tarife entweder politisch oder ökonomisch ausgerichtet werden können. Dies geht solange gut, als Einigkeit über die Ziele besteht. Zum dritten findet, ähnlich

wie in der Industrie, nun auch bei der Energie- und Wasserversorgung eine Abkehr von der Elektromechanik hin zur Elektronik statt. Damit ändert sich die Produktionstechnik. Maschinisten im Kraftwerk werden zu Operatoren, die Maschinen oder Schalter am Bildschirm steuern und dabei von modernster Elektronik unterstützt werden. Ähnliches passiert im Büro. Leitungspläne werden in Zukunft am Bildschirm nachgeführt und Daten mit portablen Rechnern erfasst. Die Informatik wird ausserhalb des traditionell handwerklichen Netzbaus zum dominanten Hilfsmittel.

Können Stadtwerke in der heutigen Form vor diesen Veränderungen bestehen? Wir meinen ja. Primäre Zielsetzung bleibt der Dienst am Strom-, Erdgas- und Fernwärmekunden sowie am Bezüger von sauberem Trinkwasser. Gerade die Nähe der Stadtwerke zu ihren Kunden ist der Schlüssel zum Erfolg. Beim Kunden geschieht nämlich ein ähnlicher Technologiewandel. Sein Energiebezug wird vielleicht mittels Lastmanagement optimiert und seine Haustechnik ebenfalls über Prozessrechner gesteuert. Entscheidend ist letztlich sein Bedürfnis nach sicherer und wirtschaftlicher Energie. Da verstehen wir einander! Damit eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist, müssen die Werke allerdings ihr Personal schulen und Partnerschaften mit Dritten vereinbaren, sofern die eigenen Kräfte nicht ausreichen. Für die Städtischen Werke wird sich diese Frage mit der Diskussion des Energieleitbildes im Sommer 1993 akzentuieren. Die Herausforderung auf der energie- und versorgungstechnischen Seite ist überschaubar, wir werden sie annehmen. Mit dem klimagerechten Bauen – ebenfalls ein Beitrag zur rationellen Energienutzung – wird sich eher die Architektur noch vermehrt befassen müssen. Wenn beide Seiten zusammenarbeiten, hat auch die «wirtschaftliche Ökostadt Baden» eine Chance.

Conrad Munz